

75 Jahre Niedersachsen. Ein historischer Rückblick auf die „Jugendphase“ des Landes – Thema: Wahlen

Am 1. November 2021 wird das Land Niedersachsen stolze 75 Jahre alt. Genauso abwechslungsreich wie das Land – von der Küste bis zu den Mittelgebirgen – war auch diese Zeit. Es gab viele spannende Entwicklungen, politisch, demographisch und wirtschaftlich. Und die amtliche Statistik, die in diesem Jahr auch den 75. Geburtstag feiern darf, hat diese Entwicklungen des Landes Niedersachsen über all die Jahre erfasst, ausgewertet und dokumentiert.

So erschien in den Statistischen Monatsheften Niedersachsen 1971 ein umfangreicher Artikel zum Thema „25 Jahre Niedersachsen – Zahlen und Anmerkungen zur Entwick-

lung des Landes zwischen 1946 bis 1971“¹⁾.

Innerhalb dieses Jahres werden in unregelmäßigen Abständen Auszüge aus diesem Bericht aus der „Jugendphase“ des Landes veröffentlicht. Im Zusammenspiel mit aktuellen Artikeln wird dadurch ein Blick in die Vergangenheit ermöglicht, ein Blick auf die Anforderungen und Herausforderungen der ersten Jahre nach dem Krieg.

Zum Thema „Wahlen“ war damals Folgendes zu lesen²⁾:

¹⁾ Vgl. Statistische Monatshefte für Niedersachsen, Jg. 25, Heft 11 (1971), S. 277.
²⁾ Ebd., S. 286ff.

JAHRGANG 25
HEFT 11
NOVEMBER 1971

STATISTISCHE
MONATSHEFTE
FÜR NIEDERSACHSEN

Herausgeber: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt – Statistik –, Hannover

25 Jahre Niedersachsen

Zahlen und Anmerkungen zur Entwicklung des Landes zwischen 1946 und 1971

Wahlen

Die ersten Wahlen nach Kriegsende fanden auf Anordnung der britischen Militärregierung bereits vor der Konstituierung des Landes Niedersachsen in den damaligen Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe statt. Es handelte sich um Gemeindewahlen im September 1946 und um Kreiswahlen im Oktober 1946. Die Beteiligung an beiden Wahlen war gering.

Nach dem Zusammenschluß dieser Länder zum Land Niedersachsen am 1. November 1946 auf Grund der Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung ernannte diese im Dezember 1946 einen Landtag,

in den Politiker der Parteien SPD, CDU, NLP, FDP, KPD und DZP berufen wurden, und zwar entsprechend dem geschätzten politischen Kräfteverhältnis vor 1933. Die Rechte und Zuständigkeiten dieses Landtages waren durch die Verordnung Nr. 57 der Militärregierung aber erheblich eingeschränkt.

Als Wahltag für den ersten zu wählenden Landtag des Landes Niedersachsen bestimmte die Militärregierung den 20. April 1947. Gleichzeitig gestattete sie den Parteien, die bisher nur auf Kreisebene zugelassen waren, ihre Organisationen auszubauen und somit Landesverbände zu bilden. Das vom Niedersächsischen Landtag mit Zustimmung der Militärregierung beschlossene Niedersächsische Landeswahlgesetz brachte eine

16. Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen 1946-1970

Wahl*)	Wahlbe- rechtigte	Wähler	Wahl- beteili- gung	Gültige Stimmen	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf										
					SPD	CDU	NLP (DP)	FDP	DZP (Z)	KPD (DKP)	U	DRP	BHE (GDP)	NPD	Sonstige
K-W 1946	3 349 970	2 301 070	68,7	7 258 511	42	22,5	19,8	7,6	2,1	5,1	0,9
LW 1947	3 956 675	2 576 366	65,1	2 459 479	43,4	19,9	17,9	8,8	4,1	5,6	.	0,3	.	.	.
K-W 1948	4 276 494	3 066 586	71,2	7 755 931	39,6	24,3	19,1	9,4	3,5	3,0	0,4	0,5	.	.	0,2
B-W 1949	4 425 610	3 439 964	77,7	3 365 965	33,4	17,6	17,8	7,5	3,4	3,1	8,1	8,1	.	.	1,0
L-W 1951	4 475 688	3 393 371'	75,8	3 330 440	33,7	.	23,	8,4	3,3	1,8	0,0	2,2	14,9	.	11,9
K-W 1952	4 432 312	3 486 971	78,7	9 393 014	32,1	12,5	13,4	7,5	2,2	1,7	.	0,5	18,1	.	12,0
B-W 1953	4 388 818	3 894 742	88,7	3 780 596	30,1	35,2	11,9	6,9	.	1,0	.	3,5	10,8	.	0,6
L-W 1955	4 400 635	3 410 330	77,5	3 357 778	35,2	26,6	12,4	7,9	1,1	1,3	.	3,8	11,0	.	0,7
K-W 1956	4 415 007	3 409 071	77,2	9 239 312	38,6	20,5	15,4	7,2	1,1	.	.	2,3	10,8	.	4,1
B-W 1957	4 419 269	3 950 248	89,4	3 826 413	32,8	39,1	11,4	5,9	.	.	.	2,3	7,6	.	0,9
L-W 1959	4 477 897	3 493 904	78	3 437 396	39,5	30,8	12,4	5,2	0,0	.	.	3,6	8,3	.	0,2
K-W 1961	4 571 688	3 538 382	77,4	3 432 327	38,8	28,2	9,4	6,9	0,2	.	.	1,9	8,4	.	6,2
B-W 1961	4 613 112	4 083 490	88,5	3 942 955	38,7	39	.	13,2	.	.	.	1,6	6,1	.	1,4
L-W 1963	4 701 245	3 617 369	76,9	3 582 244	44,9	37,7	2,7	8,8	.	.	.	1,5	3,7	.	0,7
K-W 1964	4 736 781	3 545 307	74,8	3 437 320	43,2	37,5	.	9,2	.	.	.	0,0	3,0	.	7,1
B-W 1965	4 748 325	4 145 849	87,3	4 052 741	39,8	45,8	.	10,9	2,5	1,0
L-W 1967	4 760 327	3 608 656	75,8	3 571 558	43,1	41,7	.	6,9	7,0	1,3
K-W 1968	4 747 510	3 654 407	77	3 559 673	41,7	38,9	.	9,2	1,4	5,2	3,8
B-W 1969	4 760 938	4 164 690	87,5	4 105 630	43,8	45,2	.	5,6	0,2	4,6	0,6
L-W 1970	5 085 443	3 902 003	76,7	3 875 828	46,3	45,7	0,0	4,4	.	0,4	.	.	.	3,2	0,0

*) K-W = Kommunalwahlen, 1946, 48, 52 und 56 je Wähler 3 Stimmen, ab 1961 je Wähler 1 Stimme; LW = Landtagswahlen, je Wähler 1 Stimme; B-W = Bundestagswahlen, 1949 je Wähler 1 Stimme, ab 1953 je Wähler 2 Stimmen, ausgewiesen sind davon Zweitstimmen.

Abkürzungen der Parteibezeichnungen

SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 CDU: Christlich-Demokratische Union, 1951 gemeinsamer Wahlvor-
 schlag mit DP zu DP/CDU: Niederdeutsche Union
 NLP (DP): Niedersächsische Landespartei, ab 1948 DP: Deutsche Partei,
 1951 gemeinsamer Wahlvorschlag mit CDU zu DP/CDU:
 Niederdeutsche Union, 1957 DP: Deutsche Partei/Freie Volks-
 partei, 1963 als neue DP: Deutsche Partei, Landesverband
 Niedersachsen gegründet, ab 1970 umbenannt in NLP: Nieder-
 sächsische Landespartei
 FDP: Freie Demokratische Partei
 DZP (Z): Deutsche Zentrumspartei, 1947 Z: Zentrum, 1951, 55 und 59
 Z: Deutsche Zentrumspartei
 KPD (DKP): Kommunistische Partei Deutschlands, 1956 verboten, in der
 gleichen Spalte aufgeführt die 1970 gegründete DKP: Deutsche
 Kommunistische Partei
 U: Unabhängige
 DRP: Deutsche Rechtspartei, 1948 und ab 51 Deutsche Reichspartei
 BHE (GDP): Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, ab 1955
 Gesamtdeutscher Block – BHE, 1961 und 63 GDP: Gesamtdeut-
 sche Partei (DP-BHE), 1964 und 68 Gesamtdeutsche Partei –
 BHE, 1969 GDP: Gesamtdeutsche Partei
 NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Sonstige:

1948 und 49: RSF: Radikal-Sozialistische Freiheitspartei
 1951: DSP: Deutsche Soziale Partei
 RP: Deutsche Reichspartei
 SRP: Sozialistische Reichspartei, 1952 verboten
 1952: Wählergemeinschaften
 1953: GVP: Gesamtdeutsche Volkspartei, DNS: Nationale Sammlung
 1955: LP: Landwirte Partei, DHP: Deutsch-Hannoversche Partei
 1955, 57 und 59: BdD: Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und
 Freiheit
 1956 und 61: BdD: Bund der Deutschen
 1956: FVP: Freie Volkspartei
 1957: FU/Z: Föderalistische Union (Bayernpartei/Zentrum),
 Mittelstand: Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittel-
 standsparteien – UDM)
 1957, 59, 61, 63 und 64: DG: Deutsche Gemeinschaft
 1959: DVP: Deutsche Volkspartei
 1961, 64, 67 und 68: UWG: Unabhängige Wählergemeinschaft
 1961, 63, 64, 65 und 67: DFU: Deutsche Friedens-Union
 1963, 64, 65, 67, 68 und 69: FSU: Freisoziale Union
 1964 und 68: WGR: Wählergruppen
 1965: AUD: Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
 1967 und 68: EFP: Europäische Föderalistische Partei Deutschlands.

Kombination von Personen- und Verhältniswahl, enthielt die 5 %-Klausel und sah eine vierjährige Wahlperiode vor. Es wurde in der Folgezeit im Grundprinzip beibehalten, lediglich die 5 %-Klausel wurde 1950 gestrichen, jedoch 1958 wieder eingeführt. Die Beteiligung der Bevölkerung bei der Wahl zum ersten gewählten Landtag war mit 65,1 % noch geringer als bei den Kommunalwahlen des Jahres 1946. Abgeordnete der Parteien SPD, CDU, NLP, FDP, KPD und DZP zogen in den Landtag ein. Ihre Aktionsfähigkeit war zunächst noch beschränkt; erst 1951 wurde mit der Verabschiedung der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung die Verordnung Nr. 57 der Militärregierung außer Kraft gesetzt.

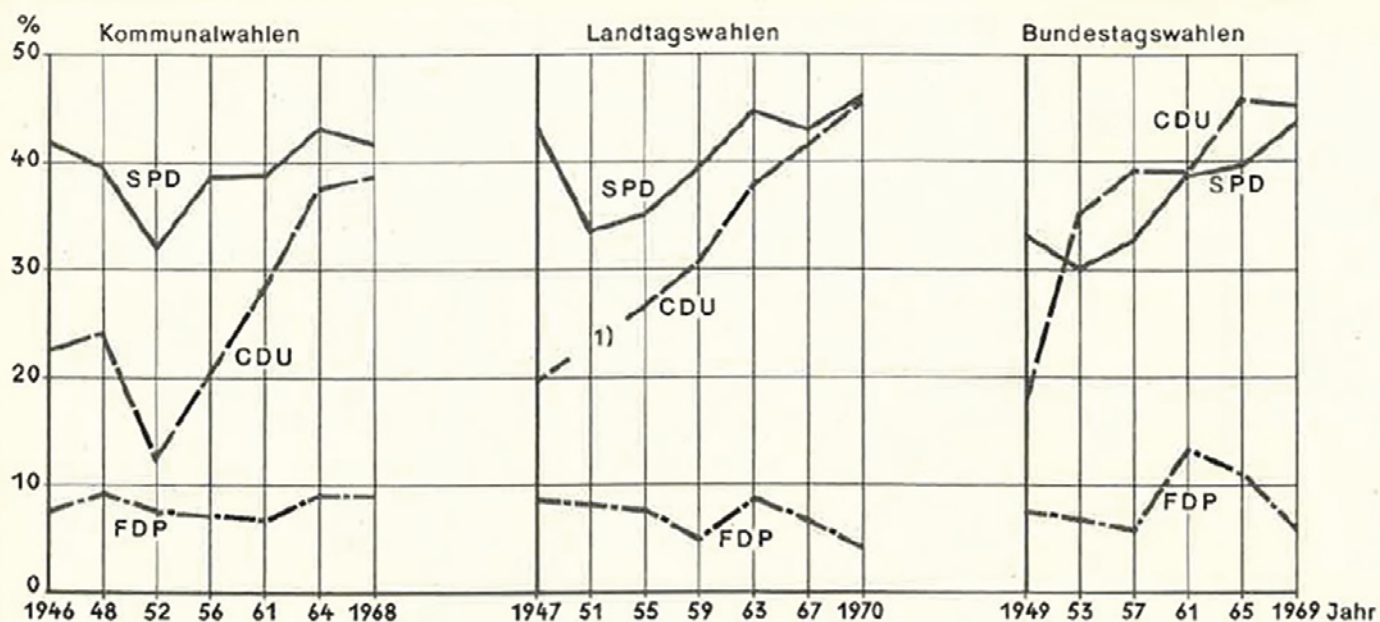
Nach Abschluß der politischen Neugliederung der drei westlichen Besatzungszonen durch Errichtung der Bundesrepublik im Jahre 1948 fand am 14. August 1949 die erste Bundestagswahl statt. Das Wahlrecht entsprach weitgehend dem Wahlrecht für die Landtagswahlen in Niedersachsen, einer Kombination von Persönlichkeits- und Verhältniswahl. Die Wahlperiode betrug ebenfalls vier Jahre. Auch die 5 %-Klausel war in dem Wahlrecht enthalten, sie sollte einer Zersplitterung Vorbeugen und die Bildung handlungsfähiger Koalitionen begünstigen.

Die Wahlbeteiligung in Niedersachsen war bei der ersten Bundestagswahl mit 77,7 % erheblich höher als bei den vorangegangenen Kommunalwahlen und der Landtagswahl, überhaupt war das Interesse der Bevölkerung auch in der Folgezeit bei Bundestagswahlen stets größer als bei Kommunal- und Landtagswahlen.

Im Durchschnitt ergab sich bisher bei 7 Kommunalwahlen eine Wahlbeteiligung von 75,0 %, bei 7 Landtagswahlen eine Wahlbeteiligung von 75,1 %, jedoch bei den Bundestagswahlen eine Wahlbeteiligung von 86,5 %.

In Niedersachsen hatte, wie aus Tabelle 16 ersichtlich, die SPD bei allen Kommunal- und Landtagswahlen die meisten Stimmen erringen können, jedoch nie die absolute Mehrheit. Bei den Bundestagswahlen dagegen erreichte sie seit 1953 nicht den Stimmenanteil der CDU. Nach beachtlichen Anfangserfolgen erlitten die NLP – die spätere DP – und der BHE (GDP) erhebliche Stimmenverluste, die zur Auflösung dieser Parteien führte. Ihre Wähler gingen vor allem zur CDU über, so daß die CDU in Niedersachsen allgemein bei den Wahlen aller drei Ebenen ihre Stimmenanteile erhöhte. Als weitere Partei war bis zur Landtagswahl 1970 auch die FDP vertreten, bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 sogar mit mehr als 10 % Stimmenanteil. Die DZP (Zentrum) hatte nur in den ersten Wahlen nach Kriegsende Erfolge. Auf die Dauer konnte sie sich gegenüber der CDU nicht behaupten; nach 1961 trat sie nicht mehr in Erscheinung. Die KPD, die lediglich bei den Wahlen 1946 und 1947 mehr als 5 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, sank bis 1955 fast zur Bedeutungslosigkeit ab. Sie wurde 1956 verboten. Bei der Landtagswahl 1970 trat erstmals die DKP auf; ihr Erfolg war außerordentlich gering. Anders verhielt es sich mit den Versuchen, eine rechtsgerichtete konservative Partei aufzubauen und zur parlamentarischen Wirkung zu bringen. Die bereits 1947 aufgetretene DRP (Deutsche Rechtspartei, ab 1951 Deutsche Reichs-

9. Stimmenanteil der Parteien SPD, CDU und FDP bei den Wahlen 1946 bis 1970



1) Listenverbindung CDU mit DP zur Niederdeutschen Union.

partei) konnte in Niedersachsen mit 8,1 % bei der Bundestagswahl 1949 ihren größten Gewinn verzeichnen. Unmittelbar danach spaltete sich von ihr die SRP (Sozialistische Reichspartei) ab, die bei der Landtagswahl 1951 Erfolge erzielte und 1952 verboten wurde. Die DRP verlor in der Folgezeit von Wahl zu Wahl an Stimmen, konnte jedoch nach Fusion mit anderen rechtsgerichteten Gruppen als NPD bei der Bundestagswahl 1965 auftreten und bei der Landtagswahl 1967 die 5 %-Klausel überwinden, an der sie jedoch später bei der Bundestagswahl 1969 und der Landtagswahl 1970 scheiterte. Neben den Parteien traten – insbesondere bei den Kommunalwahlen – auch Einzelbewerber und

Wählergemeinschaften auf. Letztere hatten teilweise bemerkenswerte Erfolge.

Wie die Tabelle 17 ausweist, hat sich in Niedersachsen im Laufe der vergangenen 25 Jahre sowohl die Anzahl der kandidierenden Parteien als auch vor allem die Anzahl der erfolgreichen Parteien verringert. Der allgemein in der Bundesrepublik sich abzeichnende Trend zum Drei- bzw. Zwei-Parteien-System war auch in Niedersachsen festzustellen. Bei der Landtagswahl 1970 scheiterten außer SPD und CDU alle kandidierenden Parteien an der 5 %-Klausel. Damit teilten sich zwei annähernd gleich starke Parteien die Sitze im Landesparlament.

17. Die gewählten Abgeordneten der Landtagswahlen in Niedersachsen 1947 bis 1970

Partei	1947	1951	1955	1959	1963	1967	1970
SPD	65	64	59	65	73	66	75
DP/CDU	57	35
CDU	.	.	43	51	62	63	74
DP	.	.	19	20	.	.	.
FDP	13	12	12	8	14	10	.
KPD	8	2	2
Z	6	4	1	—	.	.	.
DRP	.	3	6	—	.	.	.
BHE	.	21	17	13	.	.	.
DSG	.	1
SRP	.	16
NPD	10	—
Insgesamt	149	158	159	157	149	149	149